

Finanzsystem und Krise in Argentinien und Chile¹

Joachim Becker, Johannes Jäger, Andrés Musacchio

Argentinien ist »Dank« tiefer Krise auch hierzulande immer wieder in den Schlagzeilen. Wiewohl oberflächliche Krisenerklärungen meist korrupte Politiker dafür verantwortlich machen, wird in der Fachpresse gelegentlich auch die Peso-Dollar-Bindung und damit (indirekt) das Finanzsystem zumindest ins Spiel gebracht. Um Chile, den bis vor kurzem lauthals gefeierten Pionier neoliberaler Politik, ist es mittlerweile ruhiger geworden. Auch dieses Land steckt in einer ökonomischen Krise, wenn es sich auch im Vergleich zu Argentinien in einer weit weniger dramatischen Lage befindet. Die Analyse der Ursachen der krisenhaften Entwicklungen, sowie der doch markant unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Staaten, ist Gegenstand des vorliegenden Textes. Die Blockierung des binnenorientierten Entwicklungsmodells in den 70er Jahren war in beiden Staaten ähnlich. In beiden Ländern leiteten Militärdiktaturen einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel ein. Dieser ging zwar in eine ähnliche, aber nicht dieselbe Richtung. In Chile sind aus Finanzkrisen der 70er und frühen 80er Jahre Konsequenzen für die Regulierung von Finanzmärkten getroffen worden, in Argentinien hingegen nicht. Wie ist das zu erklären? Hauptgrund dafür stellen die unterschiedlichen politökonomischen Konstellationen – und damit die relative Bedeutung des Finanzkapitals – und die daraus resultierenden Politikmuster im Bereich der Finanz- und Währungspolitik dar.

Argentinien: ein Negativmodell

Die Wende zum Neoliberalismus erfolgte in Chile wie in Argentinien in den 70er Jahren. Damals erschöpfte sich das binnenmarktorientierte Modell des »peripheren Fordismus« (Conceição 1990: 216 ff.). Über den weiteren Entwicklungsweg gab es heftige Konflikte. Die in mehrere Fraktionen gespaltene Linke wollte eine Vertiefung der nationalstaatszentrierten Industrialisierung, Kräfte der Rechten widersetzten sich dem. Ein Militärputsch entschied den Konflikt zugunsten der Rechten – eine Generation von AktivistInnen, etwa 30.000 Menschen, wurde liquidiert. Der Putsch bedeutete aber auch eine Vereinheitlichung des herrschenden Blocks. Hier setzten sich einige große Wirtschaftsgruppen durch, die ihr Heil primär in Finanzanlagen suchten. So wurde eine »finanzgetriebene« Akkumulation etabliert (sh. Rapoport et al. 2000, Becker 2002a). Diese ist typisch für strukturelle Krisen, in denen die produktive Akkumulation blockiert ist, und die Zukunftsaussichten sehr unsicher sind (sh. Arrighi 1994).

Das Militärregime begünstigte ab 1977 die Finanzspekulation durch eine breite Reform des Finanzsektors, die einerseits die freie Kapitalbewegung mit dem Ausland erlaubte und andererseits den Finanzmarkt im Inland stark deregulierte. Das

wurde durch eine passive Geldpolitik ergänzt (der *«enfoque monetario del balance de pagos»*), in der die Geldmenge durch Devisenzufluss oder -abfluss bestimmt wurde. Kurz danach wurde der Wechselkurs durch die so genannte »Tablita« eng an den Dollar gebunden. Der Effekt war eine reale Aufwertung des Pesos. Begründet wurde die Tablita mit der Inflationsbekämpfung, real ebnete sie aber durch eine künstliche Aufwertung des Pesos einer kleinen Minderheit ungeahnte Möglichkeiten der Bereicherung. Um das aus der Überbewertung resultierende Leistungsbilanzdefizit über Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zu decken, wurden hohe Zinsen offeriert. Argentinische Spekulanten verschuldeten sich in US-Dollar zu niedrigen Zinsen, legten diese in Argentinien zu hohen Zinsen an und transferierten die Gewinne dann wieder ins Ausland. Das Resultat war eine zwischen 1976 und 1982 von 9,7 Mrd. US\$ auf 43,6 Mrd. US\$ hochschnellende Auslandsschuld (Rapoport 2000: 812, Tab. 7.13).

Als Empfänger der Anlagen hatten die Banken in diesem Geldkreislauf die Hauptrolle. Sie konnten aber die Geldanlagen aufgrund der Rezession und der hohen Zinsen nicht weiterverleihen. Weiters hätte die Kreditausdehnung der Stabilitätspolitik der Regierung widersprochen. Aus diesem letzten Grund waren die Banken gezwungen, das Geld bei der Zentralbank zu veranlagen, die dafür die Zinsen zahlte. In letzter Instanz finanzierte also der Staat die Spekulation.

Als die Zinsen in den USA Ende der 70er Jahre stark hinaufgesetzt wurden und sich die Leistungsbilanz ständig verschlechterte, war diese Politik nicht mehr durchhaltbar. Den wichtigsten Finanzkonzernen gelang es jedoch, dank ihrer engen Beziehungen mit der Regierung, noch vor dem Zusammenbruch der Tablita ihr Geld im Ausland in Sicherheit zu bringen. Der Staat stellte die nötigen Devisen zur Verfügung, indem sich die öffentlichen Firmen verschuldeten, um Dollars auf dem freien Markt anbieten zu können. Die »Fiesta« der Spekulation endete in einer dramatischen Abwertung, einer Verstaatlichung der privaten Auslandsschulden und einer scharfen Rezession. Durch den Bankrott vieler Privatbanken verlor die Mittelklasse einen wesentlichen Teil ihrer Ersparnisse. Eine Schlüsselfigur der rentierfreundlichen Wirtschaftspolitik war der damalige Zentralbankdirektor Domingo Cavallo.

Die der Militärdiktatur folgende Zivilregierung der Unión Cívica Radical (UCR) hatte dann die Aufgabe, mit der Verschuldungskrise fertig zu werden. Unter dem Druck der Gläubiger setzte sie vorübergehend auf die Erzielung eines Exportüberschusses, der die Bedienung der Auslandsschuld ermöglichen sollte. Es gelang ihr jedoch nicht, ein tragfähiges Wirtschaftsmodell zu etablieren. Im Gegenteil: die Verteilungskonflikte spitzten sich zu und fanden ihren Ausfluss in einer Hyperinflation.

Trotz der schweren Wirtschaftsprobleme konnte der Finanzsektor in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine neue Spekulationswelle aufblasen. Da der Staat die Einnahmen in der heimischen Währung – Australes – bekam, sollten die Devisen für die Zinsenzahlung der Außenverschuldung auf dem Markt gekauft werden. Man versuchte aber gleichzeitig die dadurch entstandene Expansion der Geldmenge, die im Widerspruch zum Stabilitätsziel stand, durch Wertpapiere zu sterilisieren. Die Folge war ein unkontrolliertes Wachstum der Innenverschuldung – das »Bondsfestival« –, das wieder die Zinssätze stark erhöhte und die Spekulation in Gang setzte. Mit der Hochzinspolitik explodierte das Budgetdefizit erneut, die

Zahlungsbilanz war äußerst prekär. Die Regierung geriet ins Kreuzfeuer der Kritik, sowohl der peronistischen Opposition als auch verschiedener Wirtschaftskonzerne und des IWF.

Wer immer konnte, flüchtete in den US-Dollar. So schritt die Dollarisierung rasch voran. Gleichzeitig gewannen im Kontext der Hyperinflation individuelle Überlebensstrategien immer mehr den Vorrang gegenüber kollektiven Strategien.

Die Unzufriedenheit wurde von den Peronisten genutzt. Mit Sozialdemagogie gewann der Peronist Carlos Menem 1989 die Wahlen. Es gelang den Peronisten, den Schulterschluss mit den dominanten Kapitalinteressen zu vollziehen und die seit Jahrzehnten peronistisch durchgesetzte Gewerkschaftsbewegung ruhig zu halten. Politische Legitimität versuchten die Peronisten über das Versprechen monetärer Stabilität zu erzielen. Davor aber löste die neue Regierung das Problem der Innenverschuldung, indem sie Termin- und Spareinlagen bei den Banken sowie Titel der inneren Staatsschuld in neue langfristige Bonds umtauschte. Dies war für Spekulanten ein neues Geschäft, bedeutete aber für die Mittelklasse zum Teil eine erneute Konfiszierung ihrer Ersparnisse.

Kern der neuen Wirtschaftspolitik war das 1991 verabschiedete Konvertibilitätsgesetz. Dieses fixierte eine Parität von Peso zu Dollar von 1:1, band die Geldbasis an die Devisenreserven und verbot jede Form der Indexierung. Mit der Dollar-Ankerung und dem ausdrücklichen Verzicht auf eine nationalstaatliche Geldpolitik sollte die Hyperinflation besiegt werden. Die gleichzeitige Fixierung eines (überbewerteten) Wechselkurses und die Liberalisierung des Außenhandels sollten über verschärften Konkurrenzdruck die Preissetzungsspielräume reduzieren. Die Gewerkschaften sollten zu einer »Mäßigung« ihrer Lohnforderungen gezwungen werden. Konzeptionell wies diese Wirtschaftspolitik frappierende Parallelen mit der Militärdiktatur auf, ihr Architekt, Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, war auch bereits während der Diktatur führend tätig gewesen. In den 70er wie in den 90er Jahren war eine rentierfreundliche Politik von Währungsüberbewertung, hohen Zinsen und hohen Kapitalimporten nur möglich, weil es in den Staaten des Zentrums überschüssiges Geldkapital gab, das dringend Anlage suchte. Allerdings waren die Ausstiegskosten aus dem Wirtschaftsmodell 90er Jahre wegen der fortgeschrittenen Dollarisierung abschbar noch höher als beim Modell der Diktatur (sh. Heymann/Kosacoff 2000: 17), denn es wurden beachtliche Schulden in Dollar aufgehäuft, die laufenden Einkommen jedoch in Pesos bezogen. Auch die Preise wurden teilweise dollarisiert. Die Liberalisierung des Außenhandels bedeutete die faktische Dollarisierung eines zunehmenden Teils der Industrie- und Agrargüter, während die »Dollarklausel« in den Privatisierungsverträgen die Preise der Dienstleistungen in Dollars fixierte. Nur Löhne und Staatseinnahmen blieben grundsätzlich »pesofiziert«.

Die Bevölkerung, die der Inflation müde war, nahm die Maßnahmen mit Erleichterung auf. Die Gewerkschaften nahmen die liberal-peronistische Politik ohne Proteste hin. Die Verteilungsfrage wurde zugunsten der dominanten Sektoren entschieden. Diese konnten sich wieder auf die gleiche Art bereichern wie während der Diktatur, nun allerdings im Kontext einer dollarisierten Wirtschaft. Erneut erfreuten sich die Anleger einer fixen Parität und konnten hohe Zinsdifferenziale zwischen Argentinien und dem Ausland nutzen. Aber auch ausländische Anleger kamen auf ihre Kosten. Ihnen eröffneten sich lukrative Anlagemöglich-

keiten, um ihr überschüssiges Kapital anzulegen. Internationale Organisationen wie IWF, Weltbank und Inter-Amerikanische Entwicklungsbank unterstützen ausdrücklich das Konvertibilitätsmodell (Neffa 1998: 333).

Zunächst schien das Modell erfolgreich. Nach einem Jahrzehnt der Stagnation war zwischen 1991 und 1994 erstmals wieder ein starkes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen (Rapoport 2000: 981, Tab. 8.22). Die Nachfrage wurde durch zwei Faktoren stimuliert. Die Armen, die sich nicht gegen die Hyperinflation hatten schützen können, gewannen vorübergehend wieder etwas Kaufkraft. Entscheidend war, dass der erneute Zugang zu Konsumentenkrediten – in US-Dollar – den Konsum der Mittelklasse und Bourgeoisie anregte. In von der äußeren Konkurrenz geschützten Sektoren, wie Handel, Dienstleistungen und Bauwirtschaft, nahmen die Investitionen zu. Branchen, die auf den Konsum der Hocheinkommensbezieher ausgerichtet war, wuchsen stark (z.B. Autoindustrie), während Branchen mit Orientierung auf den Massenkonsum oder starker auswärtiger Konkurrenz entweder stagnierten oder wie die Kapitalgüterindustrie weitgehend verschwanden (Heymann/Kosacoff 2000: 22 ff., Rapoport et al. 2000: 1024 ff.). Die Wirtschaftsstruktur wurde »reprimitivisiert«, die Importabhängigkeit stieg, die soziale Ungleichheit nahm zu.

Damit sind die inneren Widersprüche des Modells schon angedeutet. Die Importe wuchsen ungleich schneller als die Exporte. Eine gewisse Stützung für die Ausfuhren, speziell im Agrarbereich, stellte der 1991 gegründete Mercado Común del Sur (Mercosur) mit Brasilien, Paraguay und Uruguay dar. Dies galt speziell für die Phase der Hochwährungspolitik in Brasilien zwischen 1994 und Anfang 1999 (Becker 2002b: 25). Die Handelsbilanz verschlechterte sich, die Leistungsbilanz rutschte in die roten Zahlen. Damit drohte ein Rückgang der Devisenreserven, der sich über die Konvertibilitätsregeln unmittelbar auf die inländische Geldbasis ausgewirkt hätte. Daher hatte die Anziehung von Kapital – in jeder Form – höchste Priorität. Über den Geldnexus ist, so der argentinische Ökonom Guillermo Vitelli (2001: 73), »eine der pervcxersten Bindungen geschaffen worden, die eine Wirtschaftspolitik auferlegen kann: Sie band das innere Wirtschaftswachstum an die Außenverschuldung.«

In einer hochverschuldeten Wirtschaft wie der Argentinien hätte der Plan einen strukturellen Handelsbilanzüberschuss und einen starken Budgetüberschuss als langfristige Voraussetzungen gehabt. Die Währungspolitik und die Spezialisierung Argentinien Branchen mit relativ stagnierter Nachfrage ergaben aber ein Handelsdefizit. Außerdem wurde das staatliche Budget durch eine Steuerreform und die Privatisierung des Pensionssystems belastet, so dass der primäre Haushaltsüberschuss für eine vollständige Abdeckung der Zinszahlungen nicht genügte. Die Lücken wurden mit ausländischen Finanzierungen gedeckt, die durch hohe Zinssätze angezogen wurden. Die wachsende Verschuldung ließ aber auch die Zinszahlungen, welche die Finanzierungsnachfrage und dementsprechend hohen Zinssätze mit sich brachten, wachsen (Musacchio 2002).

Kapital wurde in Form von Direktinvestitionen und Auslandsschulden angezogen. Der öffentliche Sektor wurde – unter oft skandalösen Bedingungen – abverkauft. Die Käufer waren nationale Konglomerate, die mit der Militärdiktatur eng verbunden gewesen waren, und ausländische Konzerne. Die inländischen Konglomerate verkauften oft die privatisierten Unternehmensteile an ausländische Un-

ternehmen weiter und veranlagten die Käuferlöse im Ausland. Die Direktinvestitionen konzentrierten sich bei den früher öffentlichen Infrastrukturmonopolen, einigen Dienstleistungssektoren und ausgewählten Industriebranchen (Rapoport et al. 2000: 987 ff., Chudnovsky/López 2001: 56, Tab. 1). Weiters wurde um – kurzfristiges – Geldkapital mit hohen Zinssätzen geworben (Heymann 2000: 92 ff., 126, Tab. 19). Die hohen Zinsen schlugen sich auch unmittelbar negativ auf dem staatlichen Budget nieder. Die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1992 und 1998 um 123,7%, was in Lateinamerika das relativ höchste Wachstum war. Sie erreichte 1998 die Höhe von 140,5 Mrd. US\$ (Cepal 2001: Tab. A-16). Das Fluchtvermögen von ArgentinierInnen im Ausland war kaum geringer. Eine Folge des argentinischen Kapitalimports waren stark steigende Überweisungen von Zinsen und Gewinnen ins Ausland. Diese belasteten ihrerseits die argentinische Leistungsbilanz, wodurch die Abhängigkeit vom Kapitalimport noch akzentuiert wurde.

Die Verwundbarkeit des Modells wurde deutlich, als Mexiko zur Jahreswende 1994/1995 in die Krise geriet. Mexiko hatte eine ähnliche Politik verfolgt wie Argentinien, und die Kapitalzuflüsse versiegten. Die argentinische Regierung stand vor der Frage: abwerten oder nicht abwerten. Angesichts der hohen Dollarisierung, entschied sie sich nicht abzuwerten. Eine Abwertung hätte die Mittelklasse, die in Dollars verschuldet war, aber Pesos verdiente, schwer getroffen. Damit blieb als Alternative eine deflationär ausgerichtete, pro-zyklische Politik. Diese setzte die Regierung Menem mit Unterstützung des IWF ins Werk. Zwischen 1996 und 1998 konnte die Wirtschaftslage noch einmal – scheinbar – stabilisiert werden.

Oftmals wird die Abwertung Brasiliens, dem wichtigsten Absatzmarkt Argentiniens, Anfang 1999 als Anfang vom Ende des Konvertibilitätsmodells präsentiert (z.B. Eichengreen 2001:4). So versuchen liberale Ökonomen die Gründe des Misserfolgs zu externalisieren. Doch die Widersprüche des Modells waren schon von Anfang an da, und die Rezession begann auch schon vor der Abwertung (Boris 2001: 475). Der Wegfall des Sicherheitsventils beschleunigte die Zuspitzung der Krise nur. Die Kapitalzuflüsse reichten immer weniger, um das Leistungsbilanzdefizit abzudecken. Um Kapital anzuziehen, wurden die Zinsen immer stärker erhöht. Damit gerieten auch die Budgets zunehmend aus dem Lot. Über Ausgabenkürzungen bis hin zu Nominallohnkürzungen suchten die argentinischen Regierungen – zunächst peronistischer dann aber 1999 UCR-Frepaso-Färbung – dem Budgetdefizit Herr zu werden. Die Provinzen gingen zum Teil dazu über, ihre Angestellten partiell in Gutscheinen – mit so hübschen Namen wie Patacones oder Cecacor benannt – zu bezahlen. Diese zirkulierten nun ebenfalls als Währung. Der IWF stützte diese Politik mit hohen Krediten. Zuletzt war dies im August 2001 der Fall. Damals gab es hinter den Kulissen allerdings bereits einen Konflikt. Die USA wollten weiter IWF-Kredite vergeben, während der IWF-Präsident Horst Köhler laut Folha de São Paulo vom 11.8.2001 (S. B6) der Meinung war, »dass das argentinische Wechselkursregime auch mit neuer internationaler Unterstützung kaum dem Druck des Marktes standhält.«

Tatsächlich war die Wirkung des IWF-Kredites nur gering. Abzug von Bankguthaben und Kapitalflucht setzten sich fort. Daher verhängte Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, der erneut als Retter in der Not gerufen worden war, Anfang Dezember 2001 Beschränkungen bei der Behebung von Bankguthaben und dem

Devisenverkehr mit dem Ausland. Damit war es mit der Unterstützung des IWF vorbei. Die Mittelklasse, die um ihre Ersparnisse fürchtete, ging auf die Straße, auch die Marginalbevölkerung protestierte. Der Peronismus witterte seine Stunde und forcierte die Proteste. In kurzem Abstand traten Cavallo als Wirtschaftsminister und Fernando de la Rúa als Präsident zurück. Innerhalb der peronistischen Partei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen sich der bonarenische Politiker Eduardo Duhalde gegen eine Gruppierung um den Kurzzeitpräsidenten A. Rodríguez Sáa durchsetzte. Kein halbes Jahr im Amt, kündigte Duhalde Anfang Juli 2002 wiederum vorgezogene Präsidentschaftswahlen für den März 2003 an. Die ökonomische Krise wurde durch die politische Krise verdoppelt.

Duhalde zeigte sich als Politiker nach dem Vorbild von Lampedusas literarischen »Leoparden«, »der sagt, dass er ändern wird, was er auf keinen Fall ändern wird« (Giardinelli 2002). Duhalde sprach von der Stärkung des produktiven Sektors, suchte aber die Finanzwelt zu schützen. Er suchte verbal den Schulterchluss mit dem Mercosur, real aber die Unterstützung der USA, um erneute Kredite vom IWF zu bekommen. Die Hoffnung auf den IWF ist jedoch eher illusionär. So merkt Neue Zürcher Zeitung am 4. Juli 2002 süffisant an: »Der Währungsfonds – seine Politik wird maßgeblich von der amerikanischen Regierung gesteuert – zeigt in den Umschuldungsverhandlungen sehr wenig Bereitschaft zu irgendeinem Entgegenkommen. Es entsteht der Eindruck, dass hier ein Exempel statuiert werden soll: Argentinien zahlt seine Schulden oder muss sich allein weiterhelfen. Das Land bietet sich für ein solches Experiment der harten Gangart an. Anders als die Türkei oder Japan liegt es fern von allen wichtigen geostrategischen Interessenpunkten, und es ist ganz anders als vor hundert Jahren keine große Volkswirtschaft mehr.«

Die peronistischen Regierungen werteten den Peso ab. Zunächst erfolgte eine begrenzte Abwertung, dann eine völlige Kursfreigabe. Bis Ende Mai 2002 fiel der Peso-Kurs auf ein Tauschverhältnis von 1:3,7 zum US-Dollar. Eine solche Abwertung würde verbliebenen ausländischen Interessenten einen billigen Kauf der argentinischen Konkursmasse erlauben. Für die produktiven Aktivitäten und Dollarschuldner gegenüber dem Ausland, darunter dem argentinischen Staat, sind die starke Abwertung bzw. hohe Währungsvolatilität hingegen ungünstig. Über den Zusammenhang von Geld- und Währungspolitik einerseits und Budgetdefizit andererseits will der IWF nicht reden. Er forderte hartnäckig eine Radikalisierung der staatlichen Ausgabenkürzungen. Von der Alternativmöglichkeit eines relativ fixen Wechselkurses in Verbindung mit Entschuldungsmaßnahmen und dauerhaften Kapitalverkehrskontrollen wollen jedoch weder der IWF noch dominante Sektoren in Argentinien etwas wissen.

Zusammen mit der Währungspolitik waren die Bewertung von Forderungen und Guthaben, sowie der Umgang mit den eingefrorenen Konten zentraler Konfliktpunkt der argentinischen Wirtschaftspolitik. Das Ziel, sowohl des IWF als auch der argentinischen Regierung war, die Banken vor dem Totkollaps zu bewahren. Dem IWF geht es vor allem um die Wahrung der Interessen der ausländischen Banken. Ihre Verluste sollen sozialisiert, ihr Wiedereinstieg in einen – prospektive irgendwann einmal wieder stabilisierten – argentinischen Markt erleichtert werden. Die Staatsbanken sollen hingegen schärfer an die Kandare genommen werden. Die Zentralbankspitze soll nach dem Willen des IWF bei ihrer Gebarung

Immunität genießen (www.pagina12.com.ar, 1.7.2002). Es sind bereits Milliardenbeträge in die Stützung des Finanzsektors geflossen (www.observa.com.uy, 21.5.2002). Starke Beschränkungen des Zahlungsverkehrs blieben in Kraft, obwohl sie die Wirtschaftsaktivität abdrosselten und in der Bevölkerung massiven Unmut hervorriefen. Die Details der Zahlungsbeschränkungen veränderten sich manchmal täglich, was auf die Planlosigkeit des Vorgehens und die wechselnde Machtbalance kleinster, aber wichtiger Interessengruppen schließen lässt.

Wie schon in der Vergangenheit wird der Konflikt um die Verteilung der Krisenkosten nicht zuletzt über die Inflation »gelöst«. VerliererInnen sind die ständig wachsende Marginalbevölkerung und die Lohnabhängigen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres stiegen die Kosten für einen grundlegenden Warenkorb in Buenos Aires nach offiziellen Angaben um 42% (www.sitioima.com.ar), die Löhne sanken nominal. Die Zahl der Beschäftigten sank allein im Großraum Buenos Aires zwischen Mai 2001 und Mai 2002 um 10,3% (Ministerio de Economía 2002: 4). 57% der ArgentinierInnen gelten offiziell als arm (Economist, 27.4.2002), Tendenz stark steigend. Auch frühere Mittelklasseangehörige müssen jetzt die Armenspeisung nutzen. Das Bruttoinlandsprodukt ist im freien Fall.

Trotz gelähmter Produktion, eingefrorener Guthaben, rapid steigender Armut ist es nicht zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Wirtschaftsstrategie gekommen. Auch wenn im herrschenden Block Uneinigkeit über die Verteilung der Krisenkosten besteht, so ist er sich doch einig, die Rentiersorientierung der Politik fortzusetzen. Sekundäre Widersprüche bestehen zwischen Finanzrentiers und der minoritären Gruppe der Exportinteressen. Die binnenmarktorientierte Industrie spielt politisch keine Rolle mehr. Die Opposition ist sozial und politisch fragmentiert. Die mit den Kochtöpfen protestierende Mittelklasse wünscht Zugang zu Dollars. ArbeiterInnenschaft und Marginalbevölkerung geht es um weitergehende Maßnahmen. Die sozialen Klassen demonstrieren in der Regel getrennt. Die Gewerkschaftsbewegung ist in zwei peronistische Verbände und eine eher unabhängige Zentrale, die CTA, gespalten. Bei einer offenen Arbeitslosigkeit von 25% ist die Streikfähigkeit begrenzt, die peronistischen Gewerkschaften nehmen darüber hinaus Rücksicht auf die peronistische Regierung. Die CTA arbeitet auch mit Arbeitsloseninitiativen zusammen. Immer wieder unterbrechen Arbeitslose als »Piqueteros« die Straßenverbindungen. Aber auch die Piqueterobewegung ist in mehrere Flügel gespalten. Ein parteipolitischer Transmissionsriemen für die Proteste fehlt. So ist trotz katastrophaler sozialer Lage keine politische Alternative in Sicht.

Die »finanzgetriebene« Akkumulation, die 1976 in Argentinien etabliert wurde, zeigt deutliche Regelmäßigkeiten. Sie funktioniert durch mittelfristige Spekulationsblasen, die durch die Deregulierung der Finanzmärkte befördert werden und erhebliche Einkommenstransfers mit sich bringen. Von Überbewertung der Währung, Außenöffnung und Hochzinspolitik gehen Beschränkungen für die Entwicklung des produktiven Potentials aus. Die Blockierung der Wertschöpfung verengt allmählich die Basis für Finanzgewinne, so dass diese nur durch eine stärkere Einkommensumverteilung und Außenverschuldung erzielt werden können. Wenn diese Alimentierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, platzt die Blase. Als Folgen bleiben steigende Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit, niedrigere Löhne und Produktion, Entwertung des Geldreichtums (Konfiszierung oder Abwertung

der Ersparnisse) sowie realen Reichtums («Privatisierung» der öffentlichen Unternehmen) und, als »Gegenleistung«, eine Kapitalflucht, die der Außenschulden gleichwertig ist. Die jüngste Krise ist die tiefste der argentinischen Geschichte. Sie ist – ökonomisch wie politisch – total.

Chile: Ambivalenzen eines Musterschülers

Chile gilt als das Land, in dem bereits ab Mitte der 70er Jahre – und damit weltweit zuerst – ein neo-liberal inspiriertes ökonomisches und gesellschaftspolitisches Modell implementiert wurde. Dies erfolgte im Kontext einer terroristischen Militärdiktatur die 1973 nicht zuletzt mit Hilfe der CIA an die Macht kam und auch weiter von ihr gestützt wurde (www.cia.gov/cia/publications/chile/index.html). Der Putsch erfolgte vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer Auseinandersetzungen. Während die Regierung Allende versuchte, einen »friedlichen Weg zum Sozialismus« zu beschreiten, stieß dies auf unerbittlichen Widerstand der herrschenden Klassen, die sich schließlich des Militärs bedienten, um dem »Experiment« ein Ende zu bereiten. Die Würfel waren jedoch noch nicht gefallen. Auch in einer Reihe weiterer Länder in Lateinamerika wie in Argentinien und Uruguay kam es 1974 ebenso zur Machtübernahme durch die Militärs. Allein in Chile führte eine spezifische politökonomische Konstellation in Verbindung mit der Präsenz neoliberaler Ideologie und technokratischen Wissens zur Herausbildung eines hegemonialen Projektes in dessen Zentrum die Durchsetzung einer neoliberalen Gesellschaft stand.

Im Zuge einer »neo-liberalen Konterrevolution« (Moulián 1997) wurden Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gezielt transformiert. Die politökonomische Konstellation war durch den breiten Konsens des Establishments gekennzeichnet, seine Herrschaftsposition nachhaltig zu verteidigen und abzusichern. Darüber hinaus war die sehr zentralistisch organisierte Führung des Militärs eng mit in den 60er Jahren entstandenen Finanzgruppen (Calderón 1981) sowie dem wichtigsten Medien-Finanz-Komplex (El Mercurio) verbunden. Diese Kapitalgruppen hatten damit einen privilegierten Zugang zum politischen Entscheidungsprozess. Dies allein wäre jedoch für eine neo-liberale Konterrevolution nicht hinreichend gewesen. Vielmehr bedurfte es Intellektueller, die ein entsprechend kohärentes Gegenprojekt entwerfen konnten (Jäger/Novy 2002). Diese waren in Person der »Chicago Boys« – in den USA im Rahmen eines postgradualen universitären Austauschprogramms ausgebildeten chilenischen ÖkonomInnen – gefunden. Neo-liberale Theorie und monetaristische ökonomische Konzepte wurden damit ab 1975 durchgesetzt. Die autoritäre Umsetzung des neo-liberalen Projektes erfolgte mit aktiver Unterstützung und begleitet von Milton Friedman, Arnold Harberger und August v. Hayek u.a. die auch vor Ort Beifall zollten. Sie alle waren, ebenso wie Karl Popper, Mitglieder der 1947 in der Schweiz gegründeten und mittlerweile sehr einflussreichen Mont Pèlerin Society (MPS), die sich zum Ziel gesetzt hatte, den »überhandnehmenden Sozialismus in den wesentlichen Staaten« ein liberales Gesellschaftskonzept entgegenzusetzen, wobei sie einen Aktionshorizont von zwei bis drei Generationen vor Augen hatten (Plehwe/Walpen 2001). Chile wurde damit »Dank« des autoritären Regimes zum Pionier eines neo-liberalen Gegenprojektes. Dem monetaristischen Experiment stand also nichts mehr im Wege:

Kernelement der neo-liberalen Strategie im Finanzbereich stellte die Liberalisierung sowie im Bereich der Währungspolitik eine Quasi-Dollar-Bindung dar. Eine Strategie, wie sie im Bereich der Geldpolitik auch von anderen Ländern Südamerikas, wie Argentinien und Uruguay, seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verfolgt wurde. Die Inflation wurde gesenkt, die Handelsbilanz verschlechterte sich nicht zuletzt auch wegen der einseitigen Außenöffnung dramatisch, womit die Auslandsverschuldung explodierte. Mit der monetaristischen Zinspolitik in den USA und dem damit verbundenen sprunghaften Anstieg der Schuldenlast, stürzte das Land in die bisher tiefste Krise, die dogmatische monetaristische Politik wurde modifiziert, eine Währungsabwertung vorgenommen, die bankrotten Banken sowie teilweise auch die private Auslandsschuld verstaatlicht, womit der dogmatische von einem »pragmatischen« Neo-Liberalismus ersetzt wurde (Imbusch 1995).

Insbesondere im Finanz- und Bankbereich wurden nunmehr rigide staatliche Regulierungen eingerichtet, auch spekulativen ausländischen Kapitalzuflüssen wurden strenge Regulierungen entgegengesetzt. Diese waren zunächst administrativer Natur. Vor allem der Abfluss von Kapital sollte damit zum Teil eingeschränkt werden (Gallego/Loayza 2000). Angesichts eines neuerlichen Anstiegs der Kapitalzuflüsse ab 1988 wurde ab 1991 ein neues Instrument zur Regulierung des Kapitalverkehrs eingesetzt: Die Verpflichtung eine Teil des ins Land fließenden Kapitals für ein Jahr als unverzinsten Einlage bei der Zentralbank zu hinterlegen (Unremunerated Reserve Requirement – URR). Damit sollte das Land vor spekulativen Kapitalzuflüssen geschützt werden. Die Politik war erfolgreich, was auch ökonometrische Untersuchungen (Gallego et al. 2002: 397) bestätigen. Gleichzeitig wurde jedoch der Abbau traditioneller Kapitalverkehrskontrollmaßnahmen fortgesetzt. Insgesamt ging man im Bereich der makroökonomischen Steuerung jedoch mit mehr Bedacht vor. Im Feld der Gesellschaftspolitik blieben jedoch die neo-liberalen Reformen (undemokratisches Wahlrecht, entrechtlichtes Arbeitsrecht, privatisierte Sozialpolitik) bis heute bestehen (Jäger 2001). Die Krise der 80er Jahre hatte zu einem erheblichen Zentralisationsprozess des Kapitals geführt. Darüber hinaus war es bereits im Vorfeld und insbesondere in der Krise zu weitreichenden Privatisierungen von Staatsbetrieben zugunsten von Personen im Umfeld der Militärdiktatur – häufig auch zugunsten der TechnokratInnen – gekommen. Damit wurden neue große und (zum Teil über UnternehmerInnenverbände) sehr einflussreiche Unternehmenskonglomerate (*grupos económicos*) geschaffen (Monckeberg 2001). Diesen waren dadurch charakterisiert, dass sie in den meisten Fällen branchenübergreifende Aktivitäten (etwa im Finanzbereich, im Industriebereich, im Exportsektor) integrierten und vielfach oligopolistische Marktstellungen inne hatten (Fazio 2000). Damit wurde eine neue Form der Bourgeoisie bzw. UnternehmerInnenschaft geschaffen. Da diese *grupos económicos* allesamt im produktiven Bereich verankert waren, kann von ihrem Interesse an einem hohen realen Wirtschaftswachstum ausgegangen werden. Es gelang daher eine wachstumsorientierte Makro-Politik, insbesondere auch im Finanz- und Währungsbereich, durchzusetzen. Entsprechend zeigten auch alle makro-ökonomischen (Politik-)Variablen in dieser Zeit ein hohes Maß an Kohärenz. Durchschnittliche Wachstumsraten von über 6% zwischen 1985 und 1997 stellten sich ein (Banco Central de Chile 2001). Damit kann von einem Akkumulationsregime, welches primär extensive und außenorientierte Charakteristika aufwies, gesprochen werden

(Jäger 1999). Tatsächlich kam es trotz des seit 1981 privatisierten Pensionssystems seit Mitte der 80er Jahre bislang nicht zur Entstehung nennenswerter Finanzblasen.

Im Feld der Währungspolitik war man nach der Krise zu einer Politik des kontrollierten »Floatens« innerhalb bestimmter Bandbreiten übergegangen (Gallego et al. 2002). Dennoch führte diese Politik in den 1990er Jahren zu einer tendenziellen Aufwertung der chilenischen Währung, die primär durch den erheblichen Zufluss von Direktinvestitionen, aber auch durch Kredite aufrecht erhalten werden konnte. Mit dem Einsetzen der »Asien-Krise« brachen ab 1997 zunächst die Exporte deutlich ein, und die Zahlungsbilanz kam zunehmend unter Druck (Banco Central de Chile 1999). Um eine unkontrollierte Abwertung zu vermeiden, blieb im Kontext des kontrollierten »Floatens« nur die Möglichkeit, über einen radikalen Zinsanstieg einen Wirtschaftsabschwung einzuleiten und damit die Nachfrage nach Importen zu drosseln, um das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz zu reduzieren. Die Politik hatte zwar hohe soziale und ökonomische Kosten, war in Bezug auf ihr Ziel jedoch erfolgreich. In der Folge ging man dann seit 1999 zu einer Politik des freien »Floatens« über. Während die URR bereits im Oktober 1998 abgeschafft worden war, wurden die letzten noch bestehenden administrativen Kapitalverkehrskontrollen im April 2001 aufgehoben (Gallego et al. 2002: 367). Ein flexibler Wechselkurs war aus der Sicht der chilenischen Zentralbank einer Dollarisierung in jedem Fall vorzuziehen (Morandé/Schmidt-Hebel 2000), waren es doch zu einem wesentlichen Teil die externen Schwankungen, insbesondere im Finanzbereich, die die extremen Fluktuationen des Wachstums verursachten (Caballero 2002).

Wicwohl zwar ein flexibler Wechselkurs die Möglichkeit schafft, externe Schocks mit monetären an Stelle von realen Anpassungen zu bekämpfen, können dennoch von diesem Wechselkursregime auch erhebliche Instabilitäten ausgehen. Währungsschwankungen bzw. Abwertungen treffen insbesondere die seit 1990er Jahren in Dollar verschuldeten UnternehmerInnen hart. Auch kann die hohe Volatilität die reale Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen. Im Zuge des flexibleren Wechselkurssystems stellte sich bislang keine nennenswerte Wachstumodynamik ein. Vieles deutet darauf hin, dass es sich um eine längerfristige Krise handelt, ja dass das Akkumulationsregime bereits an seine Grenzen stößt (Fazio 1998). Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Probleme bzw. Wachstumsgrenzen bereits in der makro-ökonomischen Struktur des extensiven Akkumulationsregimes inbegriffen waren, da dessen Expansion in den 1990er Jahren nicht zuletzt von einem beträchtlichen Zufluss an Direktinvestitionen abhing (Caputo 1994), der sich allerdings gegen Ende des Jahrzehnts drastisch reduzierte (Ríos 2000). Mougillansky (1999) geht davon aus, dass der Expansionszyklus an einem vorläufigen Ende angelangt sei, worauf ein deutlicher Rückgang der Investitionsquote bereits seit Mitte der 90er Jahre hindeute. Darüber hinaus sind dem primär exportorientierten Modell auch ökologisch-ökonomische Kapazitätsgrenzen gesetzt. Etwa im Bereich des Kupfers zeigt sich, dass die starke Expansion der Produktion auf den Weltmarktpreis bereits äußerst negative Auswirkungen hat, und eine weitere Erhöhung der Produktion insgesamt zu geringeren Gesamteinnahmen führt (Morales/Caputo 2001). Darüber hinaus passierte seit den 1990er Jahren ein schleichernder Prozess des »Ausverkaufs der Chilenischen Ökonomie«. Dieser erfolgte insbesondere im Exportsektor (allen voran im Bereich des Kupferbergbaus), im

Bereich der Primärnergieerzeugung, sowie im Dienstleistungssektor (Telefonie, Transport etc.). Die CEPAL geht etwa davon aus, dass mittlerweile ca. 15% der chilenischen Ökonomie im ausländischen Eigentum stehen (Gespräch mit Ricardo Ffrench-Davis, 4.12.2001). Damit zeichnet sich eine langfristige Tendenz ab, in der Auslandskapital an Bedeutung gewinnt (Fazio 2000) und sich nationale KapitalistInnen durch den Verkauf ihrer Unternehmen zunehmend in Rentiers verwandeln. Darüber hinaus könnte die gesteigerte Bedeutung des Auslandskapitals sowie der Auslandsverschuldung internationalen Finanzinstitutionen mehr Einflussmöglichkeiten bieten, was auch den Interessen des internationalisierten Finanzkapitals mehr Einflussmöglichkeiten verschaffen würde. Mittel- bis langfristig dürfte damit eine stärkere Rentierorientierung der Wirtschaftspolitik, insbesondere auch im Hinblick auf den Finanzsektor zu erwarten sein, was eine höhere Anfälligkeit für Finanzkrisen brächte. Der Abbau der Kapitalverkehrskontrollen stellt sicherlich nur einen Schritt der Politik in eine solche Richtung dar, wiewohl durch das flexible Wechselkursregime dramatische Entwicklungen im Unterschied zum benachbarten Argentinien bislang vermieden werden konnten.

Heute Argentinien, morgen Chile, übermorgen ...

Der Vergleich von Chile und Argentinien zeigt, dass abhängig von der Konstellation des herrschenden Blocks und der internationalen politischen Konjunktur alternative Regulierungen des kurzfristigen Kapitalverkehrs möglich sind. In Chile, wo das exportorientierte Kapital maßgeblichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nehmen konnte, wurden nach schweren Finanzkrisen Restriktionen beim kurzfristigen Kapitalverkehr erlassen. Diese ermöglichten es Chile, die Turbulenzen der Tequila-Krise Mitte der 90er Jahre besser als andere lateinamerikanische Staaten zu überstehen. Hingegen war das Akkumulationsmodell Argentinien auf den Import von Kapital in jeder Form angewiesen und mit seiner inneren Widersprüchlichkeit extrem krisenanfällig.

Der Fall Argentinien zeigt aber auch, dass der ständige Import von langfristigem Kapital über Dividenden- und Zinszahlungen zur Verschlechterung der Leistungsbilanz und damit zur spiralförmig steigenden Abhängigkeit von Kapitalimporten führt. In der laufenden Verhandlungsrunde der World Trade Organisation (WTO), der »Doha-Runde« wollen die Industrieländer die Optionen für eine eigenständige Industrialisierungspolitik weiter einschränken und für transnationale Konzerne grenzenlose Aktionsmöglichkeiten erreichen. Dies würde – über die bisherigen jeweils spezifischen IWF-Abkommen mit Einzelstaaten hinaus – eine neoliberale Regulierung verewigen und eine strukturelle Abhängigkeit von Kapitalimporten verfestigen. In den laufenden Verhandlungen suchen die Länder des Zentrums bestehende Kapitalverkehrskontrollmöglichkeiten auszuhebeln. Von daher kommt der WTO in der derzeitigen internationalen Finanzarchitektur wohl eine noch größere Rolle als dem IWF zu (Falk 2002: 172). So ist es von zentraler Bedeutung, die Doha-Runde der WTO und ähnlich angelegte regionale Vertragsprojekte, wie die gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA), aber auch auf umfassende Liberalisierung angelegte bilaterale Kooperationsabkommen politisch zum Scheitern zu bringen. Sonst wird Argentinien noch vielen Gesellschaften ihre Zukunft aufzeigen...

Anmerkung

- 1 Dieser Artikel entstand im Rahmen eines vom FWF unter der Projektnummer 14883 geförderten Forschungsprojektes.

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century. Money, Power and the Origins of Our Times*. London/New York
- Banco Central de Chile (2001): *Indicadores Económicos y Sociales de Chile 1960–2000*. Santiago de Chile
- Banco Central de Chile (1999): *Balanza de Pagos de Chile 1989–1998*. Santiago de Chile
- Becker, Joachim (2002a): *Argentina: anatomía de una crisis*. Carta Global Latinoamericana, No. 3
- Becker, Joachim (2002b): *Integración y regulación: la Unión Europea y el Mercosur comparados*. In: Gudynas, Eduardo (Hg.): *Sustentabilidad y regionalismo en el Cono Sur*. Montevideo, 9–35
- Boris, Dieter (2001): *Argentinien 2001: Von der langandauernden Rezession zur Währungs- und Finanzkrise*. In: *Prokla*, Nr. 124, 469–484
- Caballero, Ricardo (2002): *Coping with Chile's External Vulnerability. A Financial Problem*. Working Paper No. 154. Central Bank of Chile. Santiago de Chile
- Calderón, Hugo (1981): *Veränderung in der Klassenstruktur der chilenischen Bourgeoisie 1970–1980*. In: Calderón, Hugo et al.: *Der Monetarismus an der Macht*. Hamburg, 13–58
- Caputo, Orlando (1994): *La Inversión Extranjera Directa en la Economía Chilena: Algunas Implicancias Económicas y Sociales*. Santiago de Chile
- CEPAL (2001): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2000*. Santiago de Chile
- Chudnovsky, Daniel, López, Andrés (2001): *El caso argentino*. In: Chudnovsky, Daniel (Hg.): *El boom de la inversión directa en el Mercosur*. Buenos Aires, 51–122
- Conceição, Octavio Augusto Camargo (1990): *Da crise do escravismo à crise do capitalismo periférico no Brasil: uma proposta de periodização sob ótica regulacionista*. In: Faria, Luiz Augusto Estrella et al.: *Desvendando a espuma. Reflexões sobre crise, regulação e capitalismo brasileiro*. Porto Alegre, 209–222
- Eichengreen, Barry (2001): *Crisis Prevention and Management: Any New Lessons from Argentina and Turkey? (Ms)*
- Falk, Rainer (2002): *Rückschlag für die Nord-Süd-Politik. Strukturelle Ungleichheit im internationalen System*. Theses. In: *Widerspruch*, Nr. 42, 171–177
- Fazio, Hugo (1998): *El »Tigre« Chileno y la Crisis de los »Dragones« Asiáticos*. Santiago de Chile
- Fazio, Hugo (2000): *La transnacionalización de la economía chilena. Mapa de la Extrema Riqueza al año 2000*. Santiago de Chile
- Gallego, Francisco et al. (2002): *Capital Controls in Chile. Were they effective?* In: Hernández, Eduardo et al.: *Banking, Financial Integration and International Crisis*. Central Bank of Chile. Santiago de Chile
- Gallego, Francisco, Loayza, Norman (2000): *Financial Structure in Chile. Macroeconomic Developments and Microeconomic Effects*. Working Paper No. 75. Central Bank of Chile. Santiago.
- Giardinelli, Mempo (2002): *La ascensión de Duhalde, puro gatopardismo*. In: *La insignia*, 11. Jaenner (www.lainsignia.com)
- Heymann, Daniel (2000): *Políticas de reforma y compartamiento macroeconómico*. In: Heymann, Daniel, Kosacoff, Bernardo (Hg.): *La Argentina de los noventa. Desempeño económico en un contexto de reformas*. Tomo I. Buenos Aires, 37–176
- Heymann, Daniel, Kosacoff, Bernardo (2000): *Introducción: comentarios generales sobre el compartamiento de la economía y temas abiertas al finalizar los noventa*. In: Heyman, Daniel, Bernardo Kosacoff (Hg.): *La Argentina de los noventa. Desempeño económico en un contexto de reformas*. Tomo I. Buenos Aires, 9–36
- Imbusch, Peter (1995): *Unternehmer und Politik in Chile*. Frankfurt/M.

- Jäger, Johannes (1999): Chile. Pionier der Globalisierung. In: Parnreiter, Christof et al.: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt/M., 237–258
- Jäger, Johannes (2001): Politische Ökonomie der Sozialpolitik: Uruguay und Chile im lateinamerikanischen Kontext. In: Jäger, Johannes et al.: Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt/M., 37–56
- Jäger, Johannes, Novy, Andreas (2001): Politische Implikationen von Entwicklungstheorien. Die Dialektik von theoretischer Praxis und Entwicklungsprozess. In: Fischer, Karin et al.: Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt/M., 91–102
- Ministerio de Economía-Secretaría de Política Económica (2002): Situación Ocupacional del Gran Buenos Aires, Mayo 2002. Buenos Aires
- Moguillansky, Graciela (1999): La inversión en Chile. ¿el fin de un ciclo en expansión? Santiago de Chile
- Mönckeberg, María Olivia (2001): El Saqueo de los Grupos Económicos al Estado chileno. Santiago de Chile
- Morales, Pablo, Caputo, Orlando (2001): Rentabilidad en la Industria Minera y Cuprífera: La sobreproducción. Una Doble Mirada Desde el Extranjero. Mimeo. Santiago de Chile
- Morandé, Felipe, Schmidt-Hebbel, Klaus (2000): Chile's Peso. Better than (just) Living with the Dollar. Working Paper No. 68. Central Bank of Chile. Santiago de Chile
- Moulian, Tomás (1997): Chile Actual. Anatomía de un Mito. Santiago de Chile
- Musacchio, Andrés (2002): La estrategia exportadora en Argentina: ¿necesidad, objetivo o utopía? In: Gambina, Julio (Hg.): La globalización económico-financiera: su impacto en América Latina. Buenos Aires
- Neffa, Julio Cesar (1998): Modos de regulación, regímenes de acumulación y sus crisis en Argentina (1880–1996). Una contribución a su estudio desde la teoría de la regulación. Buenos Aires
- Plehwe, Dieter, Walpen, Bernhard (2001): Berichte über Chile. Die Mont Pèlerin Society und die Diktatur Pinochet. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16 (2), 42–70
- Rapoport, Mario et al. (2000): Historia económica, política y social de la Argentina (1880–2000). Buenos Aires
- Ríos, Carlos (2000): La inversión extranjera directa en Chile: 1974–1999. In Estadística y Economía, segundo Semestre 2000, 159–198
- Vitelli, Guillermo (2001): La raíz de los males está en la política económica: una explicación de los resultados de la convertibilidad. In: Realidad económica, No. 181, 64–74

Zeitungen/Wochenzeitschriften

Economist (London)

Folha de São Paulo

Neue Zürcher Zeitung

www.observa.com.uy (El Observador, Montevideo)

www.pagina12.com.ar (Pagina/12, Buenos Aires)